Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 1

Artikel: Durchbrüche von der Utopie heute zur Realität morgen : Appell zum Selbstbewusstsein

Autor: Brandt, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340584

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

struktureller Art (Gerechtigkeit, Autonomie, Solidarität, Partizipation, Integration) und Umweltbedingungen (ökologisches Gleichgewicht).
In einem Anhang unternimmt Bierter den Versuch, fiktiv den Blick aus dem Jahre 2003 zurückzuwerfen. In einem imaginären Szenario lässt er die wirtschaftspolitische Entwicklung des ausgehenden Jahrhunderts nochmals Revue passieren. Die Vorsitzende des «alternativen Weltwirtschaftsgipfels 2003» fasst in ihrem Referat nochmals zusammen, was in den vorderen Kapiteln schon zu lesen war.
Alles in allem ein Buch, das – zwar schwerfällig zum Lesen – einige neue Impulse zu vermitteln vermag. Interessant, wenn auch nicht sehr neu, scheint die Analyse der soziokulturellen Entwicklung der Produktionsweisen dieses Jahrhunderts. Eine solide Diskussionsbasis vermittelt der Teil, in welchem Bierter den oftmals schwammig verwendeten Begriff «Angepasste Technologie» einzukreisen vermag und gleichzeitig die Grenzen für eine verantwortbare Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsform absteckt.

Willy Bierter: Mehr autonome Produktion – weniger globale Werkbänke; 1986, Karlsruhe, Verlag C.F. Müller (Alternative Konzepte; 55).

Durchbrüche von der Utopie heute zur Realität morgen

Appell zum Selbstbewusstsein

Von Willy Brandt, Präsident der Sozialistischen Internationale

Am Wahlparteitag der SPS war der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, Gastreferent des Parteitages. Bereits 1972 hat Willy Brandt an einem SPS-Parteitag, damals in Interlaken, teilgenommen. Die «Rote Revue» dokumentiert seine Rede vom 26. September 1987 im Wortlaut[1].

Die deutschen Sozialdemokraten haben mich vor der Sommerpause zu ihrem Ehrenvorsitzenden befördert, wie man weiss. Und einer der Aufträge, die sie mir überlassen, ist z.B. Grüsse zu übermitteln, wie ich es heute tue! Sonst weiss ich noch nicht recht, was diese Aufgabe bedeutet, ausser dass ich mehr freie Abende habe, was ich in hohem Masse begrüsse! – Scherz beiseite:
Wir in der Internationale, wir aus dem Kreis der europäischen Sozialdemokraten, und der Deutschen nicht zuletzt, haben vielfachen Grund, den Schweizern, den Schweizer Sozialdemokraten, aber der Schweiz überhaupt zu sagen, dass wir uns der Dankesschuld bewusst sind, in der wir uns geschichtlich gesehen befinden. Also sage ich zunächst, über alles Protokoll hinweg oder dieses beiseite lassend, aufrichtigen Dank für viele Impulse und sehr viel Hilfe, die zumal in Zeiten der Bedrängnis von hier gekommen sind. Ich wünsche euch Gutes für den Parteitag und über ihn hinaus, für die bevorstehenden Wahlen und über diese hinaus. Nun wird man vermutlich, wenn ich mich im Herbst 1987 zu Worte melde, zu Recht erwarten, dass ich etwas zur gegenwärtigen europäischen und internationalen Lage, von der für uns alle so viel abhängt, sage. Ich will das in Form von *fünf Feststellungen* kleiden:
1. Durch die grundsätzliche Verständigung der beiden Weltmächte über ein erstes Abrüstungsabkommen ist ein denkwürdiges Datum gesetzt worden, nämlich die prinzipiell vorliegende Einigung über die Eliminierung einer ganzen Kategorie atomarer Waffen, der Mittelstreckenraketen, wie man sie nennt. Und ich meine: Wer übellaunig sagt, dadurch würden doch wenige Prozente des vorhandenen nuklearen Zerstörungspotentials berührt, der hat nur *formal* recht, denn er verkennt die prinzipielle Bedeutung des sich jetzt Abzeichnenden und unterschätzt wohl auch dessen Ausbaufähigkeit.
Ich denke, wir wissen alle miteinander, dass blasierter Negativismus auf dieser Welt noch nie Gutes hat bewirken können. Bezüglich des zwischen den beiden Weltmächten auch in Debatte befindlichen 50prozentigen Abbaus der sogenannten strategischen Waffen, also der interkontinentalen Zerstörungsmaschinen, ein Abbau, von dem Reagan sprach und von dem Gorbatschow schrieb, muss ich zu Vorsicht raten und von übertriebenem Optimismus abraten; etwa von dem Optimismus, dass die erste Hälfte des nächsten Jahres hier schon Fortschritte bringen könnte oder würde. Trotzdem: Wesentliches ist dabei, sich zu verändern.
2. Anschlussverhandlungen über Atomwaffen mit weniger

---

[1] *Von Willi Brandt autorisierte Fassung.*

als 500 Kilometer Reichweite – und das ist für uns in Europa natürlich von ganz besonderer Bedeutung und nicht nur dort in Europa, wo ich normalerweise lebe – rücken in den Bereich des Möglichen. Darüber hinaus ist das Thema konventioneller Stabilität auf möglichst niedriger Stufenleiter generell von jener Seite akzeptiert, bei der das Übergewicht angesiedelt ist, also von der sowjetischen Seite. Auch wenn deren Anteil im Bereich des Konventionellen aus naheliegenden Gründen übertrieben dargestellt worden sein mag.

Was in Wien seit nunmehr 15 Jahren – ich war damals ja am Start dieses Vorhabens beteiligt – im Zeichen von MBFR (Mutual Balanced Force Reductions = ausgewogene beiderseitige Truppenreduzierungen) in der Mitte Europas erörtert wird und wovon zu einem früheren Zeitpunkt eine Schrittmacherfunktion hätte ausgehen können, das verliert offensichtlich an Bedeutung. Demgegenüber kann auf dem gewiss noch steinigen Weg zur Sicherheit in Europa das Korridormodell, das vor einigen Jahren im Bericht der Palme-Kommission enthalten war, sich als hilfreich erweisen. Und das Modell des Herausnehmens der nuklearen Waffen, logisch dann aber auch des schweren Materials, das über Dual Capacity verfügt, also sowohl konventionell wie nuklear einsatzfähig ist, muss sich nicht notwendigerweise nur auf die beiden deutschen Staaten beschränken. Jedenfalls findet dieses Modell inzwischen sehr viel mehr Beachtung als noch vor kurzem.

3. Das Vernunftgebot des eben erwähnten Palme-Berichtes, ich meine das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, die Erkenntnis, dass beim Stand der heutigen Technik – um nur diesen Faktor zu nennen – Sicherheit nicht mehr wirklich zu erreichen ist, wenn sie nicht das Sicherheitsbedürfnis des Gegenüber miteinbezieht, dieses Vernunftgebot beginnt blockübergreifend auch in konservativen Regierungskreisen ernster genommen zu werden. Wenn ich konservative Regierungskreise meine, meine ich übrigens die in beiden Blöcken. Es gibt solche Konservative nicht nur im Westen, es gibt sie auch auf der anderen Seite. Ich kann nicht dazu raten, das diesem entgegenstehende Denken in alten Bahnen zu unterschätzen.

Frieden steht über den Ideologien

Aber wieviel sich doch schon verändert hat oder in der Veränderung begriffen ist, zeigte sich beispielsweise, als sich in Bonn – nicht nur in Bonn, auch in Düsseldorf und Saarbrücken und wo weiss ich noch, in München glaube ich auch – der Staatsbesuch aus der DDR abspielte. 1970, als ich sehr angefeindet nach Erfurt in die DDR ging und persönlich – trotz allem, was zwischen uns lag – den Kontakt zu den in der DDR Verantwortlichen aufnahm, da trafen die dort Verantwortlichen sich mit mir immerhin schon in dem Bekenntnis, von deutschem Boden solle, dürfe, was an uns liegt, Krieg nicht noch einmal ausgehen. Inzwischen wird darüber miteinander beraten, was man miteinander und jeder in seinem Aussenbereich tun kann, um den Frieden in der Welt und zunächst den Frieden in Europa sicherer machen zu helfen. Ehedem tödlich zerstrittene Parteien stellen in aller Ruhe fest, das Ringen zwischen den Ideologien, oder was man so nennt – es ist nicht ganz dasselbe, was man Ideologie nennt im Osten und im Westen –, lässt sich zivilisieren; es sei dem Friedensinteresse unterzuordnen, stellt man mit Recht fest.

Ich war in Stockholm auch auf einem Parteitag, und da habe ich zu meinem gelinden Erstaunen festgestellt, dass es eine gewisse Beunruhigung gab darüber, dass in dieser Phase die deutschen Sozialdemokraten zu dem Thema, das ich eben anreisse, ein gemeinsames Papier mit den regierenden Kommunisten in der DDR unterzeichneten, also mit denen, die für die kommunistische Einheitspartei in der DDR verantwortlich sind. Ich sage hier, wie ich es dort in Stockholm gesagt habe: Dieses Dokument sagt nichts anderes, als dass der Frieden sogar über dem Streit der Ideologien zu stehen hat. Oder anders ausgedrückt, dass der Kampf zwischen den unterschiedlichen Grundüberzeugungen politischer Ordnungen und gesellschaftlicher Systeme mit friedlichen Mitteln auszutragen sei. Das liesse sich zur Not auch in fünf Sätzen sagen. Da es sich aber um ein Dokument in deutscher Sprache handelt, ist es mehrere Seiten lang geworden. Ich hoffe, dass dies nicht zu unnötigen Missverständnissen anderswo, wo man nicht deutsch spricht, Anlass gibt...

4. Die Genfer Verhandlungen, in diesem Fall nicht die der beiden Supermächte, sondern die des grossen Abrüstungsausschusses, der in Genf seit 1960 im Auftrag der Vereinten Nationen verhandelt, diese Genfer Verhandlungen haben nahe an ein Ergebnis geführt, das eine weltweite Ächtung chemischer Waffen bedeuten würde. Aber so lange nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich doch noch erheblich verzögernde Komplikationen einstellen, sollten – meiner Überzeugung nach – regionale Projekte, und nicht zuletzt dasjenige einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, nicht zu den Ak-

ten gelegt werden. Im übrigen kann sich hier wie auf anderen Gebieten als sinnvoll unterstützend erweisen, was sich im vergangenen Jahr bei der Parallelkonferenz um den KSZE-Prozess, bei der Konferenz in Stockholm, zum Thema Verifikation ergeben hat, wo die unterschiedlichen Seiten einander sehr nahe gekommen sind und wo es sich um den Anspruch auf wirkliche Kontrolle, wirkliche Feststellung dessen handelt, was ist und was bleibt.

5. Die Logik spricht dafür, liebe Genossinnen und Genossen, dass ein etwas weniger verkrampftes Verhältnis zwischen den Weltmächten sich auf mehrere der sogenannten regionalen Konflikte entlastend auswirken kann. An einigen Punkten, wie etwa in Afghanistan und in Mittelamerika, scheint sich dies bereits abzuzeichnen; an anderen Punkten, vor allem auf den Golf bezogen, noch nicht.

Ich kann ganz gewiss nicht dazu raten, sich allzu hoch gespannten Erwartungen hinzugeben, zumal uns die Institute darauf hinweisen, dass wir es seit dem 2. Weltkrieg bis jetzt mit 42 Ländern zu tun gehabt haben und haben, die sich im Krieg befinden. Das schwedische Sipri-Institut hat uns zur vorigen Jahreswende darüber aufgeklärt, dass die Welt in dieser Zeit, also seit 1945, von nicht weniger als 36 militärischen Konflikten heimgesucht worden ist, an denen sich rund 5,5 Millionen Soldaten aus 42 Ländern beteiligten. Allein der Krieg zwischen Iran und Irak, oder in umgekehrter Reihenfolge, weil es ja die Iraker waren, die angefangen haben, allein dieser Krieg, der nun schon 7 Jahre dauert, hat dort schon mehr als 350000 Menschenleben gefordert. Und auf beiden Seiten wurde in diesen Jahren für den militärischen Konflikt mehr Geld ausgegeben, als Iran und Irak zusammen seit Beginn der Ölförderung einlösten. Das machen sich viele nicht recht klar.

Rechthaben ist kein Trost

Liebe Freunde, in der brüchigen Welt, in der zu leben uns aufgegeben ist, in dieser mehr als unvollkommenen Welt ist es oft ein allzu schwacher Trost, mehr Recht gehabt zu haben als andere, um sich darauf berufen zu können, dass wir Sozialdemokraten mehr als einmal die besseren Vorschläge hatten, dass unsere Erwägungen häufig besser in Übereinstimmung mit dem waren, was die Zeit und die Zukunft erforderten. Tatsache ist, dass wir oft – meinem Geschmack nach allzu oft – Recht bekommen haben. Aber Gott sei Dank sind nicht *nur* unsere Warnungen bestätigt worden. Es ist doch manches von dem, was wir in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten aufgezeigt, worauf wir aufmerksam gemacht haben, was wir an Vorschlägen unterbreitet haben, aufgenommen worden, wenn auch zögerlich, wenn auch spät. Immerhin!

Aber wir dürfen fragen, liebe Genossinnen und Genossen, wer es denn war, der seit Jahr und Tag in der Gemeinschaft der demokratischen Sozialisten, der Sozialdemokraten und über diesen Kreis hinaus angegangen ist gegen die zunehmende Militarisierung der Welt. Ob es nicht die Vorschläge des Abrüstungsausschusses der Internationale sind unter dem Vorsitz unseres finnischen Freundes Kalevi Sorsa, die jetzt stärkere Beachtung finden auf den Gebieten der Rüstungskontrolle und der Abrüstung. Ob nicht das erwähnte Konzept der gemeinsamen Sicherheit der Palme-Kommission der Zeit nur etwas voraus war und jetzt ernster genommen wird. Ich bemühe mich jetzt auch schon mehr als ein Jahrzehnt darum, West-Ost und Nord-Süd in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Das, was jetzt unter dem Vorsitz der norwegischen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland zu Papier gebracht worden ist über internationalen Schutz der Umwelt als eine Dimension auch der Sicherheit, gehört auch dazu. Ist es ein Zufall, dass diese internationalen Berichte, nicht nur von Sozialdemokraten, aber massgeblich unter ihrem Einfluss, sogar unter dem Vorsitz von Sozialdemokraten, in die internationale Debatte eingegangen sind? Wenn jetzt, um bei der Abrüstung zu bleiben, die Supermächte einen ersten Schritt tun, dann werden wir nicht daran herummäkeln, sondern wir werden vernünftigerweise sagen, dass wir uns freuen und dass wir nur alle ermutigen können, die es angeht, mit dem nächsten Schritt nicht zu lange zu warten.

Aber ich muss noch einmal fragen, wer war es denn, der vor 15 Jahren gegen sehr viel Widerstand die sogenannte Ostpolitik in Europa einleitete, zu der unweigerlich eine Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten gehören musste? Nicht weil einem das Spass machte, sondern weil das Leben die Erfahrung vermittelt: Du kannst in bestimmten Zusammenhängen den Status quo nur zum Besseren wenden, wenn du ihn erst zur Kenntnis nimmst, wenn du von ihm ausgehst. Und du kannst der Nation nur helfen, wenn du weisst, dass sie aus Menschen besteht.

Ich war immer der Meinung, dass sich die ganze Politik zum Teufel scheren soll, wenn sie nicht ausgeht von der Frage, wie kann ich – wenn auch manchmal nur millimeterweise

– dabei mithelfen, dass den Menschen das Leben etwas leichter gemacht wird, statt dass man es ihnen unnötig schwer macht. Ich räume allerdings gerne ein: Mich hätte man nicht so leicht den roten Teppich für Herrn Honecker ausrollen lassen. Und für mich wäre es nicht so leicht gewesen, die beiden Flaggen zu hissen und die beiden Nationalhymnen spielen zu lassen. Es gibt eben doch Dinge, zu denen konservative Regierungen taugen! Und es wäre gut, wenn sie auch sonst nicht häufig so sehr hinter den Erfordernissen der Zeit zurückblieben!

Appell zum Selbstbewusstsein

Ich frage weiter, wer stand denn nun – die Zeit ist noch nicht so lange vergangen – entschlossener als andere an der Seite derer, die der Demokratie in Europa, in Spanien und in Portugal und in Griechenland zu neuem Durchbruch verhalfen?
Wer hat konsequenter als andere sich für die Verteidigung der Menschenrechte ungekürzt in aller Welt verwendet, in West *und* Ost, in Nord *und* Süd?
Wer will bestreiten, dass die Sozialdemokraten, die demokratischen Sozialisten, in vorderster Reihe derer standen und stehen, die dafür kämpfen, dass nun auch endlich die Überreste von Kolonialismus und Rassenherrschaft über Bord gehen? Und ich sage dies und nenne Südafrika und freue mich, dass, nachdem ich gesprochen habe, hier über Südafrika beraten werden wird. Hier sind wir alle miteinander gefordert! Europa, das die Pest des Rassismus erlebt hat, darf nicht nur nicht gleichgültig sein, sondern muss eine aktivere Rolle spielen! Allen Geschäftsinteressen zum Trotz, man muss denen in Pretoria sagen: Dies nehmen wir nicht länger hin, die Misshandlung, dass die Mehrheit nichts zu sagen hat! Dieses Prinzip der Demokratie muss auch in Afrika gelten und hoffentlich so, dass auch die Minderheit weiterhin zu ihrem Recht kommt! Je länger sie zögert, den Grundsatz der Demokratie zu akzeptieren, desto grösser wird die Gefahr, dass es zu Blutvergiessen und nicht zu einer verträglichen Regelung kommt.
Und wer hat sich – da frage ich noch einmal – entschlossener als andere dafür eingesetzt, dass der schwelende Nord-Süd-Konflikt auf der Welt überwunden wird durch eine grundlegende Veränderung der weltwirtschaftlichen Beziehungen?
Ich sage noch einmal: Wir dürfen, wenn wir zum Ergebnis kommen, dass wir nicht selten mehr Recht hatten als andere, ganz gewiss nicht selbstzufrieden werden, schon gar nicht selbstgerecht! Aber wir brauchen unser Licht auch nicht unter den Scheffel stellen zu lassen. Ich appelliere an sozialdemokratisches Selbstbewusstsein und daran, dass wir uns nicht kleiner machen oder machen lassen, als wir sind!

Der Zustand der Weltwirtschaft

Die Welt, in der wir leben, liebe Freunde, war nun lange beherrscht von der Ost-West-Konfrontation, aber auch von dem eben erwähnten schwelenden, schleichenden Nord-Süd-Konflikt und schweren regionalen Krisen in allen Teilen der Welt. Die Mehrheit der Menschen kann zwar von militärischer Sicherheit träumen, sich darauf verlassen kann sie nicht – sollte sie jedenfalls nicht. Das gilt um so mehr, wenn wir uns den Zustand der Weltwirtschaft vergegenwärtigen und wenn wir uns gleichzeitig klarmachen, zu welchen Antworten diejenigen, die für die Industriestaaten, zumal für die stärksten Industriestaaten, Verantwortung tragen, *nicht* fähig sind.
Allein angesichts der Schuldenkrise in vielen Ländern der dritten Welt und der lebensbedrohenden Probleme, die damit verbunden sind, kann man sich nur wundern, wenn sich sogenannte Weltwirtschaftsgipfel dazu verhalten, als könne man den Kongress einfach weiter tanzen lassen. Ich halte das für mehr als ärgerlich, nämlich für skandalös!
Es steht ja, liebe Freunde, sehr viel mehr auf dem Spiel, als Banken und Verwalter von Staatsschulden normalerweise unter sich auszumachen hätten. Denn das Ausmass der Verschuldenskrise – nicht nur in Lateinamerika, aber gerade dort – hat diese zu einem politischen und nicht nur zu einem jeweils innenpolitischen Problem werden lassen. In manchen Ländern, vor allem in Lateinamerika, rührt diese Krise an die Substanz der demokratischen Institutionen. Und deshalb ist es für mich schwer zu verstehen, wenn diejenigen, die sich für die Förderer der Demokratie in aller Welt halten, so wenig bereit sind, elementare und soziale ökonomische Voraussetzungen für den demokratischen Fortschritt regeln zu helfen. Ich sage, ein Primat der Politik ist gefragt.
Ich will Sie nicht mit Zahlen überfallen. Ich will uns nur nochmals daran erinnern, dass das, was jedes Jahr weltweit Ost und West und Nord und Süd, leider zunehmend auch Süd, für die Rüstung auf der Welt ausgeben, einen Betrag von 1000 Milliarden Dollar überschreitet. Und dass die Schuldenlast der dritten Welt sogar noch bei über 1000 Milliarden, nämlich bei 1100 Milliarden Dollar, liegt.

Soziale Frage nicht gelöst

Ich will uns daran erinnern, dass die Zahl der weltweit Hungernden heute wie vor zehn Jahren mit 500 Millionen etwa – schon das «etwa» ist ja schrecklich! – beziffert wird. Das gibt einen schwachen Trost: Die Zahl ist nicht grösser geworden. Die Zahl der Menschheit ist grösser geworden, die Zahl der Hungernden bleibt gleich, ist prozentual dadurch eine Winzigkeit zurückgegangen. Ein zu schwacher Trost: 40000 Kinder, sagt uns Unicef, sterben täglich an Hunger oder an Krankheit, vermeidbarer Krankheit. Jede Minute sterben 30 Kinder anderswo auf der Welt. Jede zweite Sekunde stirbt ein Kind, das überleben könnte – also, während ich dies sage. Und da wunderte ich mich über die, die in unseren Ländern meinen, die soziale Frage sei gelöst.

Nein, die soziale Frage kann auch in unseren relativ reichen Ländern noch nicht abgehakt werden, wie wir wissen. In grossen Teilen der Welt stehen wir erst am Beginn des Ringens um die Überwindung bitterer Not. *Und wir wären schlechte Sozialdemokraten, wenn wir nicht die Verantwortung der Welt gegenüber empfänden und nicht wüssten, dass das, was die Generationen nach uns zu leisten haben werden, zu handeln haben wird von der Überwindung des Gegensatzes zwischen superreich und unerträglich arm in der Welt, nicht nur bei uns zu Hause!*

Überrüstung und Unterentwicklung

Zu Sicherheit und Abrüstung gehören in unseren Tagen jedenfalls die Einbeziehung der Nord-Süd-Erfahrung und die Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Verwerfungen. Die globale Bedrohung durch Waffen findet ihre Entsprechung in der globalen Herausforderung durch die drängenden Probleme des sogenannten Südens, für den das Programm «Waffen statt Brot» jene unmittelbare Aktualität besitzt, die es in unserem Teil der Welt Gott sei Dank verloren hat.

Das alles, liebe Freunde, steht objektiv auf der Tagesordnung. Aber wo wird es angepackt? Stünde es wirklich vorrangig auf der Tagesordnung der Weltmächte, sie hätten sich schon intensiver damit befasst, als dies bisher der Fall war.

Doch ich greife einen Gedanken von vorhin noch einmal auf, dass ein etwas weniger verkrampftes Verhältnis zwischen den ganz Grossen und ihren Blöcken sich auch vorteilhaft für die Entschärfung regionaler Krisen auswirken kann, das gehört zu den Arbeitshypothesen, von denen ich ausgehe und die ich meinen Überlegungen mit zu Grunde lege.

Mich haben übrigens, wo es an den Zusammenhang zwischen den Spannungen im Norden und Entwicklungen im Süden geht, afrikanische Freunde an eine Spruchweisheit von sich zu Hause erinnert: Sie haben gesagt, sie wüssten, wenn Elefanten kämpfen, dann bekommt das dem Gras schlecht – wenn sie einander lieben auch! Und ich muss zugeben, dass ich die Skepsis, die in der Vermittlung dieser afrikanischen Spruchweisheiten liegt, wohl verstehen kann.

Doch die Idee der gemeinsamen Sicherheit ist keineswegs so zu verstehen, dass sie nur für Europa interessant sei. Wenn ich mich umschaue in der Welt, dann vermag ich unter den grossen Konflikten in anderen Regionen keinen zu erkennen, in dem einer Seite ein klarer Sieg bevorstünde. Wenn das eine halbwegs richtige Einschätzung ist, ergeben sich daraus gewisse Folgerungen in bezug auf die Möglichkeit, Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit auch anderswo anzuwenden, jeweils den Versuch zu unternehmen. Global vorteilhafte Wirkungen könnten sich ergeben, wenn endlich ernsthaft darüber verhandelt wird, wie frei werdende Mittel teilweise von der Überrüstung zur Finanzierung von Entwicklung umgelenkt werden könnten.

Dazu hatten wir eine bemerkenswerte Erfahrung in New York gemacht. Ich spreche nicht davon, dass, wenn der Rüstungswettlauf zurückgeht, dann alles, was die Staaten sparen – wenn sie denn sparen –, woanders hingegeben wird. Das kriegt selbst keiner bei sich zu Hause durch. Denn jeder – selbst der Reichste – hat im eigenen Land noch eine Menge Aufgaben zu bewältigen. Aber einen Teil könnte man umlenken, wenn man es miteinander will und wenn die Grossen dabei mittun. Mit dieser Thematik hat sich im Spätsommer eine Sonderkonferenz der Vereinten Nationen in New York befasst, also mit der Thematik der Überrüstung und Unterentwicklung. Es gab leider einen grossen Abwesenden, das waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Im übrigen ist man dort bei jener Sonderkonferenz auch über Grundsätzliches und Taktisches nicht weit hinausgekommen. Ich verstehe übrigens sehr gut, wenn einige westliche Regierungen unzufrieden damit sind, dass das, was sie bisher tatsächlich geleistet haben – und manche haben ja eine ganze Menge geleistet –, überhaupt nicht honoriert wird. Aber dass die wichtigste Macht der westlichen Welt einfach nicht da ist, das kann nicht vernünftig sein! Und das wird hoffentlich auch aus amerikanischer Sicht nicht vernünftig bleiben.

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die Verantwortlichen in

West und Ost, zumal die beiden Weltmächte, davon zu überzeugen, dass der Zusammenhang zwischen Überrüstung und Unterentwicklung für die eigene Interessenlage wichtig ist und zunehmend wichtig wird. Die verkannte Interdependenz, wie ich dies nenne, zwischen Überrüstung und Unterentwicklung, die könnte zu einem Thema werden, dessen sich die Europäer und wir europäischen Sozialdemokraten produktiv annehmen. Warum nur wieder warten auf die Weltmächte? Es wäre schon Europas wert, wenn seine Regierungen und seine Gemeinschaften hier aktiver würden, vielleicht sogar bahnbrechend tätig sein könnten.

Was wird aus Europa?

Ich habe Europa gesagt und will noch zu Europa einige Worte sagen. Die Frage steht, was aus Europa im Ganzen wird und was aus der westeuropäischen Zusammenarbeit und Einigung im engeren Sinne wird.

In Stockholm bekam der dortige sozialdemokratische Aussenminister Sten Andersson sehr viel Beifall, als er sagte, sein Land, Schweden also, habe auch weiterhin nicht die Absicht, der EG beizutreten. Es gab sehr starken Beifall. Er hat dann aber nur eine Begründung hinzugefügt: aus sicherheitspolitischen Gründen käme dies nicht in Betracht! Dies sei eine Materie, die der auswärtigen und der Sicherheitspolitik, die ein neutrales Land nicht abtreten könne. Das ist zu respektieren, ganz gewiss. Bei Norwegen sieht es schon anders aus, das, wie Sie alle wissen, auch nicht in der EG ist, aber seine sicherheitspolitischen Fragen in Verbindung mit der atlantischen Allianz regelt.

Ich frage mich – und gebe die Frage weiter an meine Schweizer sozialdemokratischen Freundinnen und Freunde –, was ergibt sich für die neutralen Staaten und nicht zuletzt für die Schweiz, wenn es der EG gelingt, den Schritt zur Verwirklichung des Binnenmarktes zu machen? Ein Datum übrigens, 1992, von dem ich in der französischen Presse sehr viel mehr lese als in der deutschen. Aber es könnte ja sein, dass etwas in der Richtung des gemeinsamen Binnenmarktes geschieht. Das sagt selbst einer wie ich, der so bitter enttäuscht ist von den Fehlschlägen der Gemeinschaft, von den Skandalen der Agrarpolitik, um nur ein Beispiel deutlich zu nennen. Ich bin also bei weitem nicht mehr so optimistisch wie 1972, als ich das letzte Mal auf einem Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten in Interlaken gesprochen habe. Trotzdem: Ich frage, was wird aus der sich so widersprüchlich und doch entwickelnden Europäischen Gemeinschaft und dem sich Abstimmen anderer auf das, was aus dieser wird? Wie lässt sich aushandeln, dass eine, nennen wir es einmal Assoziierung (nicht als juristischen Begriff) im Faktischen, in der Wirtschaft, im Monetären, auch im Technisch-Wissenschaftlichen getrennt bleibt von dem, was man nicht abgeben möchte in Richtung auf eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik? Und wie ist zu erreichen, dass Assoziierung (wiederum nicht als juristischen Begriff gemeint, sondern als Verbindung) auch eine angemessene Beteiligung bedeutet von Lasten, die mit gemeinschaftlichen Aktivitäten verbunden sind?

Denken wir an die Entwicklungspolitik, die ich eben erwähnte, denken wir auch an den innereuropäischen Ausgleich zum Vorteil besonders benachteiligter Regionen. Ich kann als Europäer und als europäischer Sozialdemokrat nicht wünschen, trotz aller Fehlentwicklungen, dass zurückgedreht wird, was in diesem Bereich europäischer Einigung in Westeuropa bisher sehr langsam, sehr unzulänglich versucht worden ist. Und ich wünschte mir, dass der Bund der sozialdemokratischen Parteien eine weit wichtigere Rolle spiele, nicht nur für die Parteien der Länder, die Mitglieder der Gemeinschaft sind, sondern in einem viel intensiveren Zusammenspiel zwischen diesen und den Parteien, die eine andere Art des Verständnisses zur Europäischen Gemeinschaft für angemessen halten. Die sozialistische Fraktion beim Europäischen Parlament ist weit effektiver als der Bund. Aber in der Fraktion sind halt nur die Parteien, deren Länder Mitglieder der Gemeinschaft sind. Der Bund hängt weit zurück, was die Intensität der Beratungen, die Konkretisierung der aufgeworfenen Fragen angeht.

Nun hat sich die Idee einer europäischen sozialdemokratischen Superpartei – eine Idee, der ich nie anhing – als ein Luftschloss erwiesen. Und bei den Konservativen oder Christdemokraten ist die Bezeichnung «EVP», Europäische Volkspartei, natürlich auch nichts anderes als nur eine Briefaufschrift und nicht eine politische Realität. Aber dass die für unsere Partei Verantwortlichen, die Vorsitzenden, die in den Fraktionen die Verantwortung tragen, die auf den hier in Frage stehenden Fachgebieten Verantwortung tragen, dass sie intensiver in der EG und über sie hinaus miteinander beraten müssen, scheint mir wichtig zu sein.

Die unterschiedlichen Teile Europas

Der erste Teil meiner Frage

war, was wird aus Europa im Ganzen? Da sehe ich, dass die Teile Europas einander näher kommen. Zum Teil, weil sie sich wieder daran erinnern, wie unterschiedlich sie sind. Ich habe im Ohr, wie mir Gorbatschow in einem langen Gespräch in Moskau gesagt hat, er wisse, wie unterschiedlich die Teile Europas seien. Dann habe ich ihn angeguckt, und er hat gesagt: «Ja, auch auf unserer Seite.» Dann habe ich mir gedacht, das haben wir auch schon gemerkt, denn Lenin hat nicht gemeint, dass ein kommunistisches Land sich dadurch auszeichne, dass ein General an der Spitze stehe und die katholische Kirche stärker sei als die kommunistische Partei. Es ist sehr unterschiedlich in den Teilen Europas, und dieses europäische Relief, das sich herausbildet anstelle der flachen Karte an der Wand, handelt von den geschichtlichen, den kulturellen und anderen Eigenheiten. Aber es handelt auch von dem, was Europa einmal war und was es über das Nationale hinausreichend durch Zusammenarbeit wieder werden kann. Ich sehe voraus, dass wir es nicht nur in praktischen Bereichen, sondern auch in dem der Sicherheit mit sehr viel mehr Begegnungen als bisher zwischen Ost und West in Europa zu tun haben werden. Und ich erinnere mich, ich habe es vorhin anklingen lassen, an meine eigene Erfahrung, dass das Ja zum Status quo, richtig verstanden, erst die Arbeit möglich macht an dessen Überwindung. Ich denke, das Ja zum Status quo ermöglichte Veränderungen ohne Gefahren für unser europäisches Haus. Das ist ja ein Bild, das mir zusagt, obwohl es von Gorbatschow kommt. Aber es ist ein Begriff, den überzustrapazieren ich nicht empfehlen kann! Es veranlasst mich übrigens zu sagen: Ich habe grossen Respekt vor dem, was gegenwärtig in Russland versucht wird. Aber ich kann nur meinen, dass es äusserst naiv sei zu glauben, dass es sich dort un einen Prozess handle, der nicht auch mit neuen Schwankungen und Rückschlägen verbunden sei. Dies gehört zu einer sozialdemokratischen Einschätzung, glaube ich, mit dazu. Gleichwohl, Gorbatschow hat jenes Bild vom europäischen Haus geprägt, das – ich war ja eben schon dabei – zu mancherlei Anmerkungen einladen könnte.

Stabilität für Zentraleuropa

Zunächst, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir es mit einer Situation zu tun, in der sich immer noch zwei Weltmächte in unterschiedlichem Umfang Anteilseigner dieses Haus um Verfügungsgewalt streiten und die alten Besitzer und Mieter dabei für sich und ihren Standpunkt zu gewinnen suchen. Und ich meine, und ich hoffe, es klingt nicht arrogant, wenn ich sage: Es ist für Europa an der Zeit, sich auf die Besitztitel und die daraus erwachsende Verantwortung zu besinnen. Wer soll denn über das sogenannte europäische Haus bestimmen, wenn nicht diejenigen, die darin wohnen, die darin aufgewachsen und davon abhängig sind? Es ist an der Zeit, nicht nur an die Gruppierungen zu denken, zu denen europäische Staaten gehören, sondern in kontinentalen Gesamtzusammenhängen zu denken. Und es ist an der Zeit, nicht bloss auf die Vorschläge zu warten, mit denen die Weltmächte entsprechend ihrer globalen Verantwortung uns hoffentlich noch positiv überraschen können. Das führt mich zu einigen Bemerkungen zu dem, was wir konventionelle Stabilität als erstrebenswertes Ziel nennen.

Das ist eine gewaltige Aufgabe! Wir werden es hier mit einer Vielzahl von Streitkräften und Regionen zu tun haben. Zentraleuropa hat, so wie die Dinge liegen, nun einmal mit seiner grössten Anhäufung von Waffen und Streitkräften die schwierigste Lage abbekommen. Aber dort ist es auch am dringendsten, voranzukommen. Wenn dort, in Zentraleuropa, Stabilität, etwas, was sich vertrauenswürdig der Stabilität nähert, erreicht wird, so wird sie – die Stabilität – sich in den dieses Gebiet umlagernden Regionen leichter erreichen lassen. Und wenn ich heute Zentraleuropa sage, dann verstehe ich darunter das Gebiet von der Westgrenze der Bundesrepublik Deutschland bis zur Ostgrenze der Volksrepublik Polen und von Dänemark und den Benelux-Staaten bis zur Tschechoslowakei und Ungarn.

In Wien wird über ein Mandat verhandelt für eine neue Runde des Helsinki-, also des KSZE-Prozesses. Und ich denke, dass Sozialdemokraten, dort, wo sie Einfluss haben (das haben sie entweder auf die Regierung, wo sie sie nicht selbst stellen, oder auf die öffentliche Meinung), sehr darauf drängen sollten, dass man sich zwischen West und Ost zunächst über die notwendigen Prinzipien von Stabilität verständigt. Also: gemeinsame Sicherheit, Beseitigung von Überlegenheiten, Berücksichtigung geographischer Asymmetrien, Beseitigung von Angriffsfähigkeit und der militärischen Optionen, die die jeweils andere Seite als besonders gefährlich empfindet, und natürlich entsprechende Kontrollen. Und wenn die Prinzipien ausgehandelt sind, dann kann man sich daran machen, festzulegen, was dies im einzelnen bedeutet für Streitkräfte, ihre Struktur und Stationierung, für die Strategien bzw. Doktrinen und die Ziffern.

Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

In Wien, bei MBFR, das ich vorhin erwähnte, ist u.a. deswegen nichts herausgekommen, da man sich von Anfang an festgebissen hat an dem Streit darüber, was der eine und der andere und der dritte hat! Ich sage Ihnen ganz offen: Mich interessiert nicht so sehr, wieviele Panzer Polen heute hat. Sondern mich interessiert, wieviele Panzer Polen und mein eigener Staat haben werden, nachdem man sich verständigt hat darüber, was in Zukunft gelten sollte. Also das Sichkonzentrieren auf das, was sein soll. Welcher Anteil in der zentraleuropäischen Region bleiben soll. 40 oder 50 Prozent dessen, was für Gesamteuropa ins Auge gefasst ist, oder, um bei meinem Beispiel mit Polen zu bleiben, soll es sich um 3000, 4000 oder 5000 Panzer in der zentraleuropäischen Region handeln? Das ist eine gewaltige Veränderung im Sinne der Mässigung gegenüber heute.
Das Ergebnis kann wesentlich verstärkt werden, wenn es beiden Seiten, im Osten und im Westen, überlassen bleibt, eine beliebige Zahl modernster intelligenter Abwehrmittel zu stationieren, die dem Verteidiger einen klaren Vorteil geben. Das wäre übrigens das, was die Fachleute heute *strukturelle Nichtangriffsfähigkeit* nennen und was ernsthaft zu bedenken ich uns Sozialdemokraten nur empfehlen kann.

Soziale und ökologische Erneuerung

Schliesslich, liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten sind in diesen Jahren auf viel Widerstand gestossen. Das ist nicht neu! Wir waren auch nicht immer gut genug – das ist auch nicht neu, weil es nämlich menschlich ist –, aber die meisten von uns haben sich nicht einreden lassen, dass man die katastrophale Entwicklung im Rüstungsbereich einfach den Experten überlassen dürfe. Und wir brauchten und brauchen uns auch heute nicht einreden zu lassen, die vielzitierte konservative Welle, mit oder ohne liberalistischem Wellenschaum, sei ein unwiderstehliches Naturphänomen.
Wenn die Sozialdemokraten, gestützt auf ihre ursprünglichen Werte und Einsichten, offen genug sind für neue Erkenntnisse und neue Schichten – nicht zuletzt aus den technischen Wissenschaften, der Wissenschaft überhaupt und dem kulturellen Leben –, dann ist für mich kein Zweifel daran, dass sie, die Sozialdemokraten, neue Durchbrüche erzielen können. Nämlich von der Utopie heute zur Realität von morgen.
Meiner Überzeugung – nicht nur meiner Meinung! – nach hängt unendlich viel ab von der Kombination, der Zusammenführung von sozialer und ökologischer Erneuerung. Aber Erneuerung habe ich gesagt, nicht Zersplitterung! Die Bündelung der Kräfte wird erneut eine Voraussetzung für erfolgreiche Reformen. Manche meinen in unseren Reihen, nicht zuletzt wegen des weiterhin rasanten technischen Fortschritts und Wachstums und angesichts der gesellschaftlichen Tendenz zu noch zunehmender Bürokratisierung, es sei notwendig, vor allem den menschlichen Anspruch auf Freiheit neu zu vitalisieren, zu revitalisieren. Ich sage ja, denn zu den Summen meines politischen Lebens gehört nächst dem Frieden die Freiheit, die vor allem anderen rangiert. Doch fatal wäre es, erinnerten wir nicht andere und uns selbst daran, wer vor allem es war, der Freiheiten für viele, für die vielen erst von den Wolken heruntergeholt hat, damit sie für die einfache Frau und den einfachen Mann erfahrbar werden konnte. Und wer weiterhin deutlich macht und dafür kämpft, Freiheit durch elementare Sicherheit erfahrbar zu machen. Für grosse Teile der Menschheit ist das ja eine Erfahrung, die sie erst noch vor sich hat.
Ich hoffe, das, was ich hier sage, was ich im Grunde ja nur andeuten kann, klingt nicht nur wie ein rührendes Echo aus einer früheren Generation. Sondern ich denke, ich spreche von dem, woran eine neue Generation sich zu erproben hat, sicherlich nicht nur hieran, aber auch hieran, und womit sie sich, die neue Generation, hoffentlich nicht nur plagen, sondern woran sie hoffentlich auch Freude haben wird.
Ich habe mit einem Dankeschön begonnen und mit guten Wünschen an die Adresse der eidgenössischen Sozialdemokratie. Ich möchte hinzufügen: Wir werden uns der Impulse, der Beispiele aus der Schweiz besonders stark in dem Jahr erinnern, das vor uns liegt. Dann wird eure Partei 100 Jahre alt sein. Aber schon 10 Jahre zuvor, als Bismarck die deutschen Sozialdemokraten illegalisierte, konnten sie ihre Leute nach Zürich schicken und den «Sozialdemokrat» als Zentralorgan der SPD drucken und ins Land schleusen. Nicht unbegrenzt! Eines Tages hat Bismarck so starken Druck ausgeübt, dass die in Bern gesagt haben: «Geht mal lieber nach London und macht Euer Blatt dort!» Das haben die denn auch gemacht, nach unendlich viel Hilfe.
Also, ich bin vorgestern in Zürich auf dem Weg hierher auf dem alten Zentralfriedhof am Grab des August Bebel gewesen, der fast so lang Parteivorsitzender der SPD gewesen

war, wie ich es war, und das erinnert – ohne Vergleich im übrigen – einen dann an all das, was auf uns eingewirkt hat, auch in jüngster Zeit.
Und wenn dann noch ein Jahr vergangen ist, dann denkt die Sozialistische Internationale 1989 daran, dass 100 Jahre vergangen sein werden, seit sie in Paris – bei Schweizer Beteiligung, natürlich – gegründet worden ist. Und 125 Jahre werden es her sein, dass in London die internationale Arbeiterassoziation auf die Beine gestellt wurde. Und wenn ich schon beim Jahr 1989 bin, dann wird der eine und andere sich sogar von der Schule oder sonst woher daran erinnern, dass in einem Jahr 89 auch sonst schon etwas war in Europa: nämlich der Sturm auf die Bastille. Und ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, sosehr uns immer wieder aufgegeben ist, zu fragen, was das eigentlich bedeutet – Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit, weil es doch auch so missbraucht worden ist –, sosehr bin ich davon überzeugt, dass die europäische Sozialdemokratie von der Tradition der Aufklärung nicht lassen darf, sondern dass sie aus der Tradition der Aufklärung heraus ihren Weg weiter und neu gehen muss.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche euch Gutes!